

## Protokoll

über die öffentliche Landtagssitzung vom Donnerstag, den 4.11.1937

Abwesend: Abg. Georg Vogt, Balzers

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gasner

Beginn der Sitzung ~~10~~ 11 Uhr, nach vorausgegangener kurzer Besprechung im Konferenzzimmer.

Präsident begrüsst die Herren Abgeordneten zur öffentlichen Sitzung und schreitet zur Behandlung des Traktandums.

1. Gesuch der Frau Dr. Batliner Rosa, Vaduz um Uebernahme der ausstehenden Arztguthaben.

Präsident: Wie den Herren Abgeordneten bekannt ist, figurieren unter den aufgeführten Posten in besonderer Weise auch Post für Ausländer, die sehr wahrscheinlich nicht einbringlich sind. Andererseits sind Posten von Inländern enthalten, die in erster Linie die Gemeinde abzudecken verpflichtet wäre. Aus diesen Erwägungen ist der Vorschlag der Finanzkommission für gut befunden worden, dass das Land die Posten der Ausländer übernimmt und die Gemeinden zur gänzlichen Regelung in der Weise herangezogen würden, dass sie die Posten der Gemeindebürger übernimmt, da die Gemeinden die Möglichkeit der Einbringlichmachung haben.

Reg. Chef: Ich möchte, um gewissen Missverständnissen vorzubeugen, bemerken, dass es sich hier um einen Ausnahmefall handelt, der deshalb eine Sonderbehandlung erfährt, weil die Pensionsfrage nach dem verstorbenen Landesphysikus Dr. Batliner etwas ungeklärt war. Es soll da nicht etwa die Konsequenz gezogen werden können, dass jeder Arzt Ansprüche ähnlicher Natur machen kann.

Präsident: Es darf noch dahin aufgeklärt werden, dass es dem Lande etwa die Hälfte d. i. Fr. 2546 krifft.

Der Landtag beschliesst mehrheitlich, die von Frau Dr. Batliner Rosa eingereichten ausstehenden Posten zur Gänze zu übernehmen mit der Massnahme, dass die Hälfte vom Lande getragen wird und die andere Hälfte den betreffenden Gemeinden überbunden wird.

## 2. Verband der liecht. Verkehrsvereine. Gesuch um Ausfolgung

einer weiteren Subvention für 1937.

Präsident: Durch Beschluss des Landtages sind dem Verbands für Verkehrszwecke Frs. 4000.- bereitgestellt worden. Diese Summe scheint für die ausserordentlichen Auslagen dieses Jahres nicht auszureichen. Der Verkehrsverband ersucht daher mit der Begründung, dass zumteil schon erhebliche Propaganda gemacht worden ist und andererseits für den Winter noch gemacht werden soll, um einen Nachtragskredit an. Die Finanzkommission hat vorgeschlagen, Frs. 1000.- zu gewähren.

Reg. Chef: Wir haben bei der Regierung dahin geneigt, einen Kredit von Frs. 2000.- zu erwägen und zwar insbesondere mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung, die dem Fremdenverkehr unseres Landes zukommt. Wir können uns allerdings mit diesem Antrage der FK. auch einverstanden erklären, nachdem wir gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines grosszügigeren Planes einer Fremdenwerbung beschäftigt sind, der sowohl für den kommenden Winter, als auch für das kommende Jahr Anwendung finden würde.

Der Landtag beschliesst einstimmig die Gewährung eines Nachtragskredites von Frs. 1000.- für Verkehrszwecke zu Handen des Verbandes der liecht. Verkehrsvereine.

## 3. Gesuch des Möbelhauses Thöny in Schaan um Subventionierung

aller im Möbelhaus Thöny gekauften Brautausstattungen.

Präsident verliest das schriftlich eingereichte Gesuch, demzufolge auch jene Möbel subventioniert werden sollen, die vom Auslande zugekauft worden sind. Er führt weiter aus:

Die Subventionen für Brautausstattungen wurden in besonderer Weise nur inländischen Gewerbetreibenden zugeordnet. Damit sollte das inländische Gewerbe unterstützt und gefördert werden. Aus diesem Grunde hat die FK. beschlossen, die Subventionierung von aus dem Auslande zugekauften Möbeln abzulehnen, weil dadurch das inländische Gewerbe geschädigt würde. Wenn jedoch das Möbelhaus Thöny sich mit inländischen Lieferanten in Verbindung setzt und die Möbel dortselbst kauft, so ist es ganz selbstverständlich, dass die Subvention bezahlt wird.

Beck Wend.: Es war selbstverständlich nicht die Absicht des Land-

3  
tages, jemanden zu schädigen. Meiner Auffassung nach aber kann für Thöny die Subventionierung von Möbeln nur in Frage kommen, wenn er die Möbel von liechtensteinischen Schreibern herstellen lässt.

Reg. Chef: Ich möchte noch folgendes bemerken. Es kann in der Praxis immerhin Fälle geben, wo eine Berücksichtigung der sozialen Lage des Käufers eine Ausnahme zulässt. Wir haben wenige Fälle gehabt, wo der Käufer die Möbel vom Möbelhaus Thöny gekauft hat, die wir dann subventionierten. Dies geschah jedoch mehr unter Bedachtnahme auf die soziale Lage des Käufers. Ich möchte bitten, solche Sonderfälle auch in Zukunft als anständig zu erachten. Es ist dies mehr eine Subventionierung des Käufers, als des Möbellagerhalters.

Präsident: Solche Fälle, die im Sinne einer Unterstützung so behandelt werden, sind natürlich der Regierung anheimgestellt.

Präsident lässt sodann abstimmen über die Frage, ob dem Gesuche Thöny entsprochen werden soll. Die Abstimmung ergab keine Stimme dafür.

Sodann lässt Präsident abstimmen über den Antrag der FK., dass das Gesuch mit Rücksicht auf das inländische Gewerbe abgewiesen werden soll. Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

4. Gesuch des Kuranstalt Biedermann in Schaan um eine Subvention zum Zwecke verbilligter Kartenabgabe an die Benützer.

Präsident: Die Begründung des Gesuches liegt einerseits in den grossen finanziellen Aufwendungen des Hauses und andererseits im Gedanken der allgemeinen hygienischen Förderung. Die FK. ist der Meinung, dass dem Gesuche mit Rücksicht auf den Zweck der Anstalt und die finanzielle Lage der Anstalt in etwa zu entsprechen sei, dass ein einmaliger freiwilliger Beitrag von Frs. 500.- geleistet werde mit der Anregung, es möchten liechtensteinischen Gebrauchnehmern verbilligte Badekarten abgegeben werden. Eine vorgeschlagene Unterstützung der Einrichtung als Schulbad kommt nicht in Frage, weil für Schulen die Gemeinden für hygienische Einrichtungen dieser Art zu sorgen ~~haben~~ hätten.

Der Antrag der FK. auf Gewährung einer einmaligen freiwilligen Beihilfe von Frs. 500.- wird mehrheitlich angenommen.

187

5. Ansuchen des Adalbert Kindle in Triesen um Schadloshaltung

durch das Lawenawerk.

Präsident: Diese Angelegenheit ist in der Konferenzsitzung dahin abgeklärt worden, dass sie einer definitiven Beschlussfassung heute nicht unterbreitet werden kann. Die Konferenz hat allgemein den Wunsch ausgesprochen, dass die ganze Situation durch einen Fachmann überprüft werde und dann erst dem Landtage wieder zur weiteren Behandlung überwiesen werde.

Heidegger: Die Bestellung eines Fachmannes zur Ueberprüfung der Sachlage sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Präsident: Die Angelegenheit ist dem Lawenawerke überbunden worden, wobei die Regierung in der Bestellung eines Fachmannes behilflich sein wird.

6. Ordnung der Pfarrarchive und Gewährung eines Kredites von ca. Frs. 4000.-.

Präsident: Dieser Punkt, halte ich dafür, sei abgeklärt in der Konferenzsitzung. Die Notwendigkeit der Neuordnung ist allseits betont und anerkannt worden. Dabei muss betont werden, dass es sich nicht um die Ordnung der laufenden Akten handelt, sondern um die Anforderung der zumteil ganz alten Bestände. Die Angelegenheit ist wichtig genug, dass diese Ausgabe wirklich verantwortet werden kann. Die Beschlussfassung der Konferenz geht dahin, dass die Regierung beauftragt wird, die Angelegenheit durchzuführen zu lassen.

Der Landtag ist in der Abstimmung mehrheitlich damit einverstanden, dass ein Kredit von Frs. 4000.- für diesen Zweck gewährt ~~worden~~ und die Regierung mit der erforderlichen Durchführung der Sache beauftragt werde.

7. Gesuch der landschäftlichen Wegmacher um eine Altersversicherung.

Präsident: Der Gedanke der Wegmacher geht dahin, dass sie einen Beitrag von 5% ihrer Löhne leisten und andererseits sollte vom Lande ein gleich hoher Beitrag gewährt werden. Damit glauben diese Leute, dass sie ihre Angelegenheit einer Altersversicherung ordnen können, indem dann ein jeder bezugsbedürftiger und berechtigter Wegmacher monatlich Frs. 50.- erhalten würde. In der Konferenz ist das Gesuch dahin abgeklärt worden, es möchte anstatt dieser Einzelbehandlung der Wegmacher, die Frage einer allgemeinen fakultativen Altersversicherung studiert und vorbereitet werden. Als erster Schritt wäre ge-

dacht eine Altersversorgung der Beamtenschaft und dann fakultativ Altersversicherung für das Volk. Der Landtag wird entscheiden müssen, ob die Sache im Detail behandelt werden soll, oder ob dieses Gesuch bis zur endgültigen allgemeinen Regelung zurückgestellt werden soll.

Dr. Schädler: Ich stelle den Antrag, dieses Gesuch bis zu einer allgemeinen Regelung zurückzustellen oder wenigstens solange, bis die Vorlage für eine allgemeine freiwillige Altersversicherung vorliegt. Auf Grund dieser Berechnungen könnte man dann das Weitere vorkehren.

Reg. Chef: Ich möchte diesen Antrag unterstützen und wir haben bereits einige Vorarbeiten getroffen und ich glaube, dass im Laufe von ca. 3 Monaten eine definitive Vorlage sowohl über eine Versicherungskasse des Staatspersonals, als über eine fakultative Volksversicherung gemacht werden kann.

Der Landtag ist mit dieser Lösung einverstanden.

8. Feststellung der liechtensteinischen Landesgrenze im Bereiche der österreichischen Gemeinden Nofels, Tosters, Tisis und der liecht. Gemeinden Ruggell, Schellenberg und Mauren.

Präsident: Bei der Landesgrenzenbegehung an der nordöstlichen Seite unseres Landes sind verschiedene Grenzvereinigungen vorgenommen worden. Die Kommission hat ~~MINIMIERUNG~~ den Vorschlag der Regierung unterbreitet und er ist dem Landtage in den einzelnen Punkten bekanntgegeben worden. Die Punkte sind einerseits die Grenzvereinigung beim Frickgraben, bei dem ein paar Klafter so ausgewechselt wurden,

dass das ganze Gebiet bis auf ein Minimum ausgeglichen ist. Die Kommission schlägt vor, den Frickgraben als definitive Landesgrenze anzuerkennen. Der 2. Punkt einer Neuregelung ist am sogenannten Gantenstein. Die Wände, die als Grenze dienen, sind zumteil überhängend und zumteil rückspringend sind. Damit war eine gewisse Unsicherheit gegeben. Die Kommission hat den Vorschlag gemacht, es möchte der untere Fuss der Wände als Grenze festgelegt werden, sodass also der überhängende Teil der Wand ebenfalls dem liecht. Gebiete und Gebrauchsrechte zufallen würde. Ein 3. Punkt wäre der, dass eine Abklärung der Grenze am Maurerberg stattfinden sollte. Nach einem alten Protokoll ist der Grenzpunkt in einer Rufe festgelegt. Es bestehen nun dort

zwei kleine Rufezüge, ein älterer und ein jüngerer. In diesem Falle wurde abgeklärt, dass das Protokoll den alten Zug gemeint hat und der Vorschlag geht dahin, diesen alten Zug als Grenze anzuerkennen. Die Zustimmung österreichischerseits zu diesen Grenzfestlegungen ist bereits erfolgt und sie wäre noch vom Landtage als liechtensteinische Staatsgrenze anzuerkennen.

Ich möchte den Antrag stellen, die so bereinigten Grenzen, die nicht zum Nachteile Liechtensteins sind, anzuerkennen und bezüglich Beschluss zu fassen.

Elkuch: Ich möchte bitten, besorgt zu sein, dass der Frickgraben ordentlich in Stand gehalten und geräumt wird. Er hat ziemlich viel Geld gekostet und es scheint, dass er wieder dem Verfall anheimfällt. Es sollte einheitlich der Graben geräumt werden und zur Hauptsache sollte österreichischerseits ein Mehreres in der Räumung getan werden.

Präsident: Die Besprechungen in dieser Sache gingen dahin, dass man von dem alten Modus Abstand nehmen soll, dass die Anstösser die Räumung zu besorgen haben und dass gemeinsam jährlich die Räumung desselben durchgeführt werden soll. Diese Lösung hätte dem früheren Modus gegenüber erhebliche Vorteile. Es wäre sehr zu empfehlen, eine solche Lösung zu treffen, doch habe ich die Meinung, dass dieser Vorschlag nicht beschlussfähig ist, weil er durch die Regierung erst bereinigt werden müsste. Oesterreich hat sich bereit erklärt, eine solche Lösung zu treffen.

Hoop: unterstützt den Antrag Elkuch's. Es seien auch noch grosse Steine im Frickgraben, die Schlammsammler seien, die nicht so leicht zu entfernen seien. Es sollte aber dringend gemacht werden.

Büchel: Ich bin der Ansicht, dass eine allgemeind straffe Grabenkontrolle eingeführt wird, wenn einmal die Entwässerungsgräben zur Hauptsache gemacht sind. Es sollte eine wirksame Kontrolle durch das Bauamt eingeführt werden. Es herrscht heute ein grosser Misstand im ganzen Lande.

Präsident: Das liesse sich im Verordnungswege durch die Regierung machen.

Ich stelle den Antrag, es möhe diese Grenzbereinigung auch unsererseits die Zustimmung erteilt werden.

Der Landtag stimmt sodann mehrheitlich der Anerkennung dieser Grenzenbereinigung zu mit Stimmenthaltung des Abg. Heidegger, der mit Rücksicht auf die Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse sich der Stimme enthält.

9. Festsetzung des Zinsfusses des Dotationskapitals der Sparkasse,

Präsident: Das Land hat der Sparkasse ein Dotationskapital von  $1\frac{1}{2}$  Millionen zur Verfügung gestellt. Davon wird eine Million zu 5% und eine halbe Million zu 3% verzinst. Die Sparkasseverwaltung schlägt einen einheitlichen Zinsfuss von 4% vor und zwar 1. der Einheitlichkeit halber und 2. weil bei den heutigen Zinsverhältnissen ein Zinssatz von 5% eine Belastung bedeute. Billigerweise wäre diesem Ersuchen zuzustimmen. Es ist für den Staat eine kleine Mindereinnahme, andererseits aber fliesst der Reingewinn der Sparkasse zum grössten Teile dem Lande wieder zu. Die FK. schlägt einen einheitlichen Zinsfuss von 4% vor.

Der Landtag stimmt einstimmig diesem Antrage der FK. zu.

10. Landesrechnung und Jahresbericht.

Reg. Chef: Ich würde vorschlagen, den Jahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der Geschäftsprüfungskommission zur Durchsicht und Ueberprüfung zu überweisen und nur die Landesrechnung zu behandeln. Die meisten Posten der Landesrechnung erheischen eine Aufklärung nicht, andererseits kann hier öffentlich über die einzelnen Posten auf Wunsch an Hand des Sotierwerkes Aufschluss gegeben werden.

Der Landtag beschliesst <sup>einstimmig/</sup> den Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission zur Ueberprüfung zu überweisen.

Nun schreitet der Landtag zur Behandlung der Landesrechnung 1936.

Die einzelnen Posten werden titelweise verlesen.

Tit. I. Allgemeine Landesverwaltung.

Reg. Chef gibt die grösseren Posten der verschiedenen Auslagen bekannt.

Dr. Schädler wünscht Auskunft über den Punkt "Verschiedene Einnahmen", die vom Reg. Chef gegeben wird.

Tit. II. Schule.

Reg. Chef gibt die einzelnen Posten für Unvorhergesehenes zur

Verfügung des Landesschulrates bekannt.

Dr. Schädler wünscht Aufschluss über die ungleich hohen Kosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Landesschule Vaduz und der Secundarschule in Eschen.

Präsident gibt die nötigen Aufklärungen.

Tit. III. Bauamt.

Dr. Schädler ersucht um Aufschluss über die Ueberschreitungen bei Strassenverbesserungen, Pflasterflächenbehandlungen etc.

Reg. Chef verweist den Abg. Dr. Schädler auf den im Berichte enthaltenen Bericht des Bauamtes, woraus die Ueberschreitungen erhellen und bemerkt, dass man Gott danken müsse, dass es möglich gewesen sei, mehr zu bauen, als vorgesehen war.

Beck Wend.: Ich möchte ersuchen, dass die Regierung möglichst viel Gewicht darauf legt, dass die Beitragsleistungen der einzelnen Alpengenossenschaften baldigst geregelt werden.

Reg. Chef: Die Alpengenossenschaften, die wir eingeladen haben, haben mit ihren Antworten trotz unserer Urgezen sehr lange auf sich warten lassen. Erst vor ganz wenigen Tagen ist die letzte Antwort eingetroffen und der Akt Tunnelbau haben wir bereits auf dem Programm der nächsten Regierungssitzung. Wir werden beschliessen, wie weiter vorzugehen sein wird, nachdem einzelne Genossenschaften weit entfernt sind, die Beitragsleistungen zu übernehmen, wie sie vorgesehen waren. Es wird notwendig sein, eine neue Konferenz einzuberufen und eine Eingung zu erzielen suchen.

Ospelt: Wenn man so grosse Aufwendungenmacht für Strassen etc., so sollte man doch auch an die Renovierung des Regierungsgebäudes denken. Es gibt in allen Büros defekte Stellen, die gemacht werden sollten und es wäre nicht mehr zu früh, wenn hier schrittweise etwas getan würde.

Reg. Chef: Wir haben schon drei Jahre zurück bei den Budgetberatungen darauf Rücksicht genommen, aber es ist dem Bauamte bis jetzt nicht möglich gewesen, die nötigen Arbeiten durchzuführen. Es wäre tatsächlich kein Luxus, wenn man an eine schrittweise Renovation gehen würde.

Tit. IV. Landwirtschaft.

Reg. Chef gibt die einzelnen Posten der verschiedenen Auslagen bekannt.



Risch Ferdi: Es sollte in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Abfertigungsgebühren für das in Oesterreich gealpte Vieh, die zur Hälfte vom Lande getragen werden, angesichts der Frankenabwertung und mit Rücksicht darauf, dass die eigenen Alpen in Liechtenstein schwach bestossen sind, nicht mehr geleistet werden. Für das Vieh derjenigen Viehbesitzer, welche eigene Alpen in Oesterreich haben, wäre es natürlich etwas anderes.

Reg. Chef gibt bekannt, dass es nur verschwindend kleine Posten seien. Auch die Regierung habe diese Frage <sup>der Bestossung der inl. Alpen/</sup> geprüft, sei aber zum Schlusse gekommen, dass nicht viel zu machen sei. Es habe an der technischen Organisation der Alpbestossung gefehlt.

Risch Ferdi: stellt den Antrag, es sollte geprüft werden, für das in Liechtenstein erzeugte Gemüse und alle anderen Landesprodukte, die heute in vermehrtem Masse aus dem eigenen Grund und Boden gewonnen werden, Lagerungsräume zu schaffen, damit die Leute eher einen Erlös daraus erzielen. Es bestünde nämlich die Möglichkeit, solche Produkte des Winter über besser und teurer zu verkaufen als im Herbst, wenn überallher genügend Angebote vorliegen.

Reg. Chef: Es ist schwer, aus dem Handgelenk eine Ziffer zu schütteln. Man müsste sich zuerst klar werden über die Kosten eines solchen Lagerhauses. Über die Bedeutung dürften wohl keine Zweifel bestehen. Ich möchte so *prima vista* sagen, dass ein solches Gebäude mindestens auf die gleiche Stufe gestellt werden sollte, wie etwa Schulhäuser und Wasserleitungen. Ich möchte nichts Verbindliches zusichern, aber angesichts der Ausdehnung des Gemüsebaues sollte die Sache verfolgt und gefördert werden.

Präsident: Ich glaube, es wäre Sache des Bauernverbandes, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Eine Förderung verdient die Sache.

Hoop unterstützt den Antrag Risch's wärmstens, ebenso auch Abg. Elkuch.

~~XXXXXXXXXX~~ Ospelt: Ich möchte die Anlage eines Warenhauses ebenfalls unterstützen, aber die Gewährung eines Warenkredites würde ich auch empfehlen.

Präsident: Mir scheint, es sind genügend Anregungen da, aber sie sind noch nicht so weit, dass die notwendigen Unterlagen vorhanden sind.

Reg. Chef: Wir sind gerne bereit, diese Anregungen zu studieren und zu prüfen und wenn es gewünscht wird, in einer der nächsten Sitzungen

hierüber Bericht zu erstatten.

Risch Ferdi: Ich möchte Gewicht darauf legen, dass etwas gemacht wird.

Die Leute, welche Ware abzusetzen haben, wären sehr froh, wenn ihnen hier etwas geschaffen würde. Sie haben heuer eine böse Schule mitgemacht. Bei der Ueberproduktion muss viel Ware verschleudert werden. Ueberdies könnte dann noch mehr gepflanzt werden und darauf muss auch gedrungen werden. Das Land ist auch nicht immer so gut in der Lage wie heute, etwas Passendes zu schaffen. Heute sind auch viele Leute gezwungen, ihr Auskommen aus dem Boden zu holen. Man darf hier nicht zu kleinlich sein.

Hoop: Es würden dadurch viele Leute, die heute dem Arbeitsmarkt belasten, an die Scholle gebunden. Aus Arbeitsmarktgründen wäre dies sehr zu empfehlen.

Präsident: Der Bauernverband soll konkrete Vorschläge machen.

#### Tit. V, Abgaben.

Dr. Schädler rügt die grossen Aussenstände an Alkoholsteuer. Die Steuer werde doch vom Kunden bezahlt.

Reg. Chef: Die Steuerverwaltung hat einen ewigen Kampf mit den Wirten. Die Steuern werden eben zuletzt bezahlt. In einigen Fällen ~~MM~~ ist man auch zur Intabulation geschritten. Auf den Kopf stellen kann man die Wirte auch nicht. Nicht zu vergessen ist auch nicht, dass die Getränke

~~MM~~: zum Teil eben erst später getrunken werden, während die Steuer beim Bezuge fällig wird.

Präsident: In Wirklichkeit sind die Aussenstände erheblich und es steht dafür, dass Massnahmen getroffen werden, die den Wirt dazu bringen, dass es eine Sache ist, dass der Wirt nur Treuhänder ist. Er ist Verwalter einer Sache, die dem Lande gehört.

Bei Tit. IX. Soziale Fürsorge stellt Ferd. Risch den Antrag, dass für Irrenfürsorge mehr getan werden sollte. Mittellosen Kranken, wo die Kosten den Gemeinden zufallen, sollten 50% der Kosten vom Lande zugesprochen werden.

Dr. Schädler: Ich möchte den Antrag des Abg. Risch noch erweitern, dass nicht nur in den Fällen, wo die Gemeinden Beiträge leisten müssen, 50% bezahlt werden, sondern für alle Minderbemittelten. Für Irrenfürsorge erwachsen einzelnen Familien Kosten, die sie nicht mehr zu leisten imstande sind, so dass sogar Existenzen zugrundegehen.

Die Subventionen sollten in dieser Richtung erhöht werden, damit nicht ganze Familien in ihrer Existenzfrage gefährdet werden, Diesem vorzubeugen, wäre Sache des Landes."

Reg. Chef: Wir wissen das alles sehr gut und ich bitte zu beachten, wie die soziale Fürsorge in den letzten Jahren ausgebaut worden ist. Wir kennen die Not aller und haben hier geleistet, was der Staat unserer Meinung nach zu leisten verpflichtet war. Wir haben auch das Budget von Fr. 30,000.- mit Fr. 40,000 bedeutend überschritten und man hat mehr getan, als die Herren Abgeordneten am Anfang des Jahres gedacht haben. Wir werden diese Vorschläge weiter prüfen und bei den Budgetberatungen entsprechende Anträge stellen. Vorläufig bitte ich, diese Anträge nicht anzunehmen, sondern die Beschlussfassung auf die Budgetberatungen zu verschieben.

Ospelt: regt die Schaffung einer <sup>eigenen/</sup> Krankenkassenversicherung und Unfallversicherung an, da viele Gelder aus dem Lande gehen.

Reg. Chef: Ich halte das für sehr riskant. Das Gebiet ist derart klein, dass grosse Risiken übernommen werden müssten. Wir wissen ~~von~~ von einzelnen Versicherungsgesellschaften, dass sie darauf gezahlt haben. Alle Versicherungen, die auf so ein kleines Gebiet beschränkt sind, haben den Keim des Todes schon bei der Geburt in sich. Es ist ein oberster Grundsatz des Versicherungswesens: je grösser der Versicherungsbestand, umso geringer die Gefahr, zusammenzubrechen. Eine einzige Epidemie oder sonst eine grössere ~~Katastrophe~~ Katastrophe würde sämtliche Mittel aufzehren und wohl ~~bei weitem nicht~~ ein einziges Postautounglück könnte 100,000 Franken kosten. Bei den Krankenkassen ist es haargenau so.

Nach Kenntnisnahme der Schlussbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung genehmigt der Landtag einstimmig die Landesrechnung für 1936.

#### 11. Verordnung betr. die Bekämpfung der Bang'schen Krankheit.

Präsident verliest die auf Grund des vom Landtage beschlossenen Gesetzes von der Regierung erlassenen Verordnung, die vom Landtage genehmigt wird.


#### 12. Bundesgesetz über die Ergänzung und Abänderung der Eidg. Stempelgesetzgebung.

Reg. Chef: Es handelt sich um die Ergänzung des Stempelsteuergesetzes, das in Liechtenstein anwendbar ist. Die Prüfung hat ergeben, dass zu der in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Gesetzgebung gehört und wir ersuchen den Landtag, entsprechend dem Einführungsgesetz zum Zollvertrag, es zur Kenntnis zu nehmen. Die Publikation wird durch die Presse erfolgen.

Der Landtag nimmt hievon Kenntnis.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Nachmittags findet ~~NOCH~~ ein Augenschein des Landtages betr. Tunnel- und Strassenbau am Steg statt.

Joh. Gg. Harter 

Joh. Sandelin